

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die SPD lehnt eine dauerhafte und starre Festlegung der Rüstungsausgaben auf 5 % des Bruttoinlandsproduktes ab.

Auf dem NATO-Gipfel in Den Haag am 24. & 25.06. haben die Mitgliedsstaaten vereinbart, ab 2035 jeweils Ausgaben in Höhe von 5 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung und militärische Infrastruktur zu veranschlagen. Dabei sollen 3,5 % für Rüstung und weitere 1,5 % für militärische Infrastruktur ausgegeben werden. Für Deutschland würden das schon heute Ausgaben in Höhe von 225 Mrd. € pro Jahr bedeuten. Zum Vergleich: Der gesamte Haushalt des Bundes im Jahr 2024 betrug knapp 477 Mrd. €.

Wir sprechen uns dagegen aus, die zukünftige Handlungsfähigkeit des Bundes und die Haushaltsaouveränität des Bundestages durch die NATO-Verpflichtungen dermaßen einzuschränken. Es ist noch nicht geklärt, ob und wie Ausgaben in dieser Höhe gegenfinanziert werden können. Befürchtungen, dass Verteidigungsausgaben in solcher Höhe zu Kürzungen zum Beispiel bei Rente oder Sozialstaat führen könnten, müssen wir entgegentreten, indem wir vor einer Zusage über Ausgaben die Gegenfinanzierung klären. Auch wenn Verteidigungsausgaben über Schulden finanziert werden, belasten sie den Haushalt und binden Ressourcen, die zur Bewältigung von Krisen und für das Gestalten unserer Zukunft benötigt werden.

Vor einer Festlegung auf die Höhe der Verteidigungsausgaben braucht es eine gesellschaftliche Debatte, welche Ausgaben nötig und sinnvoll sind. Wir alle wissen: Die Welt hat sich geändert. Aber das erledigt noch lange nicht die Diskussion darum, welche Antworten darauf vernünftig sind. Dabei ergibt es keinen Sinn, wenn sich die notwendigen Verteidigungsaufwendungen am BIP eines Landes orientieren, statt an etwaigen Bedrohungslagen. Jedenfalls ist es unplausibel, dass die Frage, welche Waffensysteme angeschafft werden sollen, jedes Jahr aufs Neue so beantwortet wird, dass genau ein Betrag in Höhe von 5 % des BIP daraus folgt. Erst, wenn wir diskutiert und entschieden haben, welche Antworten es braucht, lässt sich vernünftigerweise sagen, wie hoch die Verteidigungsausgaben sein sollen.